

**Bezugspreis**  
 für Halle und Umgebungsgebiete 2,50 Mark, ...  
 Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt ...  
 3. Hauptredaktion: ...  
 Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt, ...

**Morgen-  
 Ausgabe.**

**24seitige Geschäftszeitung**  
 für Halle a. S. ...  
 Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt ...

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

**Jr. 229. — Jahr. 192. Halle a. S., Donnerstag 18. Mai 1899.**

**Deutsches Reich.**

**\* Vom Aufenthalt des Kaiserpaars in Wiesbaden.** Der Kaiser machte gestern früh einen Spazierritt nach Hiedrich und nahm früh Vorträge entgegen. Mittags trafen die Kaiserin Friedrich und die Prinzessin Viktoria von Schaumburg-Lippe zum Besuche des Kaiserpaars in Wiesbaden ein und nahmen dann mit dem Herrscherpaar an einem Frühstück teil, welches von Offizieren des 9. Infanterie-Regiments vom Gardehof, dessen Chef die Kaiserin Friedrich ist, gegeben wurde. Bei dem Mahle brachte Sr. Maj. ein Hoch auf das Regiment aus. Die Kaiserin Friedrich verließ das Kasino um 2 1/2 Uhr, der Kaiser verweilte bis nach 3 Uhr. Die Kaiserin stiftete dem Rationenschein, dem Hof-Industrieausbau und der Wäsenden-anstalt Besuche ab. Nach der geliebten Fortbesichtigung wohnte der Kaiser einem Herrensabend im Hause des Intendanten v. Hülsen bei, an dem auch der Komiker Konrad Dreher theilnahm. — Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers von Rußland, der fall alljährlich bei Hofe festlich begangen wird, findet am heutigen Donnerstag, 18. h. Mts., im Wiesbadener Schloß beim Kaiserpaar eine größere Frühstückstafel statt, zu welcher viele Einladungen erlangen sind. — Die Abreise des Kaiserpaars und der beiden jüngsten kaiserlichen Kinder von Wiesbaden nach Wittplatz erfolgt am Freitag Abend unmittelbar nach der Theatervorstellung und die Ankunft im Neuen Palais am Sonnabend früh kurz nach 8 Uhr.

**\* Der Kaiser, welcher mit der Kaiserin zum Frühstücke wieder im Neuen Palais eintraf, um am zweiten Feiertage alten Brauermann gemäß im Besitze der königlichen Familie des Erlinghofes zu sein, ...**

**\* Die beiden juristischen Sachverständigen für die internationale Konferenz im Haag, Professor Dr. Freiherr v. Stengel (München) und Geh. Justizrat Prof. Dr. Jörn (Bonn), haben sich im Auswärtigen Amte zu Berlin vereinigt und ihre Vorträge in Empfang genommen. ...**

**\* Ein neuer deutscher Kardinal soll, wie der „Tal. Nsch.“ aus München geschrieben wird, in der Person des jetzigen Erzbischofs von München-Freising, Dr. von Stein, erfolgen. ...**

**\* Personalsachen.** Der König von Sachsen wird am heutigen Donnerstag in Epyllentau eintreffen. ...

**\* Dem Abgeordnetenwahl in ein Gegenwurf zugegangen, betreffend die Verletzung richtiger Beamter in den Hiedrich. Die ministerielle „Verl. Corr.“ bringt dazu einen Artikel, aus dem wir folgendes hervorheben: ...**

gänglich in den Rubrikand und erhalten die gefällige Benennung, die ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstreue auf drei Viertel des peltionsberechtigten Dienstverhältnisses zu bemessen ist. Die „Corr.“ bemerkt dazu, die untere Altersgrenze beruhe darauf, daß nur ältere Richter in Frage kommen können; die obere Altersgrenze solle bestehen, daß die Wohlthätigkeit des Gesetzten zu gute kommen, auf deren Benennung nur ohne Rücksicht auf die früher im Abgeordnetenhaus geäußerten Wünsche genommen werden. Die Dienstbezüge während des Abzustandes sollten die Natur des Amtvertrages, daher Bestimmung der peltionsberechtigten, Grundbesitzer der Hinterbliebenen ein volles Vierteljahr und amtliche Berücksichtigung des in die Rubrik fallenden Dienstverhältnisses. Das Gesetz gewähre das volle Dienstverhältnis nur bis zur Vollendung des 75. Lebensjahres, weil sonst eine Unbilligkeit vorliegen würde gegen die Richter, die das 75. Lebensjahr vor dem 1. Januar 1900 zurückgelegt haben. Die „Corr.“ betont, es sei falsch, bei den Erörterungen über das Ziel des Gegenwurfs die Verhandlung der bei den Beamten der Organisation von Bescheiden in den Abzustand tretenden Beamten in Betracht zu ziehen. In den früheren Fällen habe es sich um anderlich werdende dienstliche und dienstliche Beamte gehandelt, während hier der Grund des Ausstehens der Richter in der Rücksicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit liege. Die Umfrage bei den in Frage kommenden vordienstlichen Beamten habe ergeben, daß zwei Drittel unter den angegebenen Bedingungen bereit sind, in den Abzustand zu treten. Die Durchführung des Gesetzes erfordert einen Aufwand von 2 1/2 Millionen Mkr. Der Artikel schließt, die Vorlage werde eine durchaus angemessene Regelung eines durch außerordentliche Umstände hervorgerufenen Ausnahmefalles.

**\* Der Deutsche Inspektoren-Verein** wird demnächst zusammen mit vielen Wirtschaftskreisbeamten und sonstigen Vertretern der Landwirtschaft des preussischen Staates eine Petition an das preussische Abgeordnetenhaus richten, in der er bittet, die Grundbesitzer von 8. November 1870 dahin abzuändern, daß die durch das Gesetz zu den Hauptoffizianten gerechneten Wirtschaftskreisbeamten, als Verwalter, Inspektoren, Rechnungsführer und Affianten, der Grundbesitzordnung nicht mehr unterworfen werden.

**\* In der zum 3. Juni einberufenen außerordentlichen Generalversammlung der Danubius-Verwaltung** wird der Gehobene v. Benloeb v. Sölling, der Sohn des Reichsanwalts, zum Vorsitzenden gewählt worden. Der Gehobene hat sich bereit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen.

**\* Wie die „Post“ erfährt, hat die Kaiserin Telegraph Company gegen die Deutschland vom Sultan angelaubte Koncession zur Legung eines Kabels zwischen Konstantinopel und Konstantinopel Einspruch erhoben, indem sie sich auf ihr Privilegium beruft, das ihr die alleinige Verfertigung zur Legung von Kabeln auf türkischem Gebiet einräumt. Der Einspruch ist hinsichtlich. Es steht in dieser Frage eine Verständigung in naher Aussicht.**

**Deutscher Reichstag.**

**81. Sitzung vom 17. Mai 1899.**  
 Die zweite Beratung des Sozialisten-Verfassungsgesetzes wird fortgesetzt beim § 22, der von dem „Sozialisten“ handelt.  
**Abg. Wolfenbühler (so.)** befürwortet einen Antrag Albrecht (so.), die Sozialisten nicht nach Jahres, sondern nach Wochenarbeitsdienst abzugrenzen und zwar nach dem wirtlichen Verdienst. Gegenstand — also die Bezeichnung des Jahresarbeitsdienstes als Grundlage — soll auch bei den Beamten und den Mitgliedern der freien Hilfskassen nicht der bezüglich festgelegte Durchschnittsbeitrag des Jahresarbeitsdienstes, sondern der wirtliche Arbeitsdienst als Maßstab dienen.  
**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten, zumal auch hinsichtlich der Stelle, da ja ohnehin schon ein anderer Bescheid die Festsetzung des Durchschnittsdienstes derselben zugelegt worden sei.  
**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten, zumal auch hinsichtlich der Stelle, da ja ohnehin schon ein anderer Bescheid die Festsetzung des Durchschnittsdienstes derselben zugelegt worden sei.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten, zumal auch hinsichtlich der Stelle, da ja ohnehin schon ein anderer Bescheid die Festsetzung des Durchschnittsdienstes derselben zugelegt worden sei.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten, zumal auch hinsichtlich der Stelle, da ja ohnehin schon ein anderer Bescheid die Festsetzung des Durchschnittsdienstes derselben zugelegt worden sei.

geleistet sein, etwaige Überschüsse über den zur Deckung ihrer Verpflichtungen hienach erforderlichen Bedarf nach zu anderen, als den in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Preussischer Landtag.**

**Abgeordnetenhaus.**  
 68. Sitzung vom 17. Mai 1899, 11 Uhr.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

**Abg. v. Zalkow (kon.)** bittet, es sei dem Beschluß der Kommission zu empfehlen, die in dieser Vorlesung bestimmten in wirtschaftlichen Interesse der Rentempfangler, Verächter sowie deren Angehörigen zu verwenden.

454

455

Rechenbrett Berlin, ...







